Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 6

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Die Milizarmee auf dem Prüfstand

«Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.» Mit diesen Sätzen ist in der neuen Bundesverfassung das traditionelle Selbstverständnis der Schweizer Landesverteidigung erstmals als Verfassungsgrundsatz niedergelegt worden. Und gleichzeitig sind damit Grenzpfähle für künftige Armeereformen gesetzt worden, die zwar Initianten nicht behindern können, wohl aber Behörden und Verwaltung, die sich im gegebenen Rahmen bewegen wollen. Es ist unschwer vorauszusehen, dass der unscharfe Begriff Miliz in der angelaufenen Debatte über die Armee XXI zu Missverständnissen und zu ungewohnten Frontstellungen führen wird.

Dabei gibt es auch ohne diesen unnötigen Streit um Worte schon genügend Stoff für hitzige politische Auseinandersetzungen um die Armee der Zukunft. Die sicherheitspolitische Lage hat sich im vergangenen Jahrzehnt völlig verändert – was übrigens auch in Zukunft und allenfalls mit anderen Vorzeichen wieder passieren kann. Jedenfalls ist derzeit der Verteidigungsauftrag – ultima ratio jeder Armee – in virtuelle Ferne gerückt. Im Vordergrund steht zumindest in Westeuropa die internationale Zusammenarbeit im Konfliktmanagement. Hinzu kommt der anlässlich der letzten Reform vor fünf Jahren neuformulierte Auftrag der Existenzsicherung durch Unterstützung der zivilen Behörden bei Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Diese Umschreibungen der Aufgaben der Armee haben ebenfalls Eingang in die Verfassung gefunden. Aber auch wenn die Armee in letzter Zeit ihre Nützlichkeit für teilweise ziemlich weit interpretierte Unterstützungseinsätze mehrmals bewiesen hat, ist eben doch ihre gefühlsmässige Legitimationsbasis spürbar schwächer geworden. So wird sie denn anfälliger für linkspopulistische Anfechtungen wie die willkürliche und naive Umverteilungsinitiative, die nicht nur die Halbierung der Militärausgaben verlangt, sondern das eingesparte Geld gleich auch wieder für andere wohlklingende Aktivitäten wie Friedenspolitik und Ersatzarbeitsplätze ausgeben will.

Auf der andern Seite wird der zeitgemässe Einsatz der Armee für sicherheitspolitisch motivierte, international koordinierte Aktionen der Friedenssicherung auch ausserhalb der Landesgrenzen mit nicht weniger naiven rechtspopulistischen Argumenten bekämpft und dabei sogar der Stolz des wehrhaften Schweizer Bürgers in Uniform auf seine persönliche Waffe malträtiert. Bei den bevorstehenden Urnengängen sind daher unheilige Allianzen nicht auszuschliessen. Hinzu kommt nun, dass mit der Fixierung auf überholte Milizvorstellungen, auf aussermilitärische Traditionen und föderalistische Besitzstände eine radikale Neuorientierung der Armee auf ihre zentralen Aufgaben und ihrer Organisation auf effizientere Strukturen erschwert wird.

Kern des Milizgedankens war seit je die allgemeine Wehrpflicht. Darauf kann ein Kleinstaat nicht verzichten, es sei denn, er ordne sich unwiderruflich in ein Militärbündnis ein. Eine Berufsarmee, die nicht allein für momentane Bedürfnisse, sondern für grössere Bedrohungen dimensioniert würde, wäre in normalen Zeiten zu teuer und ohne Nutzen, und im *worst case* trotzdem bald überfordert. Eine Wehrpflichtarmee, die ihre Grundausbildung und die Kaderausbildung am Stück und allenfalls einige Dienste im Verlauf weniger Jahre absolvierte, würde hingegen professioneller als heute geschult, könnte die stets notwendige Bereitschaft gewährleisten und wäre, wenn es die Lage erforderte, auch noch während einiger zusätzlicher Jahre mobilisierbar. Für die zivilen Laufbahnen der Wehrpflichtigen und damit für die Wirtschaft wäre ein solcherart modifiziertes Milizsystem berechenbarer und erträglicher als der heute über Jahrzehnte verzettelte und ineffiziente Rhythmus. Und für Milizkader in höheren Chargen sind Zeitmodelle denkbar, sofern die militärische Führungsbildung einen valablen Gegenwert bietet.

Die bisherige öffentliche Diskussion über die Armeereform leidet unter den gewissermassen systembedingten Kommunikationsschwächen eines Projektmanagements, das langwierige und komplexe Konsultationen bei allen Interessierten unter dem dauernden Vorbehalt politischer Entscheidungen durchlaufen muss. Denn interessiert und mitspracheberechtigt sind – fast – alle, die auch in der Milizpolitik das Sagen haben. Reform unter Milizbedingungen – *une affaire à suivre.* ✦

Alberto Benegas Lynch

George Soros – eine Gefahr für den Kapitalismus

Gleich zu Beginn sei daran erinnert, dass *Adam Smith* sich bestimmten Unternehmern gegenüber ziemlich reserviert geäussert hat. *Adam Smith* sprach sogar von der Tendenz einiger Unternehmer, *«gegen die Öffentlichkeit zu konspirieren»*. Das geschieht, wenn man sich in Kammern vereinigt, um den Lobby-Apparat zu stärken, oder wenn ein Unternehmer, nur weil er bei seinen Geschäften Erfolg hat, «päpstlich» wird und über die Wirtschaftswissenschaften doziert. Letzteres nennt man wohl «illegitime Kompetenzüberschreitung». Ein Gemüsehändler, ein Schneider oder ein Industrieller braucht weder die Grenznutzentheorie noch das *Gresham*-Gesetz zu kennen, genausowenig wie ein Banker das Theorem der monetären Regression. Kann man effizient mit bestimmten Mechanismen umgehen, dann heisst das noch lange nicht, dass man auch die Natur und die Bestandteile des Mechanismus kennen muss. Wenn wir ein Diktaphon benutzen, am Computer schreiben oder im Flugzeug reisen, folgt daraus nicht automatisch, dass wir auch wissen müssen, wie diese Apparate funktionieren.

Nach seinem Vermögen zu beurteilen, ist *George Soros* ein geschickter Kaufmann. Beurteilt man aber seine Meinungen zur Wirtschaft, so scheint er nicht über ausreichende Kenntnisse zu verfügen. Darüber sollte man sich nicht wundern. *Einstein* hat einmal gesagt, letztendlich seien *«... wir alle Ignoranten, nur jeweils bei unterschiedlichen Themen»*. In der US-amerikanischen Zeitschrift *«The Atlantic Monthly»* vom Februar 1997 hat *Soros* einen Artikel mit dem Titel «Die kapitalistische Bedrohung» veröffentlicht. Darin behauptet der Autor, es gebe im System *«zuviel Konkurrenz»* und einen ungerechtfertigten *«Glauben an die Magie des Marktes»*. Weiter schreibt er, wir lebten *«in einer echten globalen Marktwirtschaft»*. Demgegenüber sei hervorgehoben, dass der Staat in den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg in den zivilisierten Ländern lediglich mit 3 bis 8 Prozent am nationalen Einkommen partizipierte, während wir heute Sätze zwischen 40 und 50 Prozent haben, die Leute also heute viel mehr für ihre Regierung arbeiten müssen. Die so gross herausposaunten, *«staatlichen Reformen»* sind nichts weiter als Anekdoten, vergleicht man sie mit oben genannten Zahlen. Des weiteren ist interessant zu wissen, dass es vor 1914 noch gar keine Pässe gab, während heutzutage atavistische und xenophobische Nationalismen wieder auferstehen, die sich gegen Migrationsbewegungen richten und folglich nichts zu tun haben mit der sogenannten «Globalisierung». Mehr noch, die immer aufgebauschteren extrazonalen Beschränkungen in den regionalen Integrationsabkommen zeigen, dass die grundlegenden Postulate des freien Austauschs noch nicht verstanden sind.

Soros warnt uns in seinem Artikel vor den Gefahren des «Sozialdarwinismus» und sagt, dass *«die Ungleichheiten sich als nicht tolerierbar erweisen werden»*, falls man keine Umverteilung des Einkommens in Angriff nehme. Offensichtlich versteht *Soros* den Marktmechanismus nicht, denn die effiziente Zuweisung von Ressourcen überträgt sich notwendigerweise in höhere Realeinkommen und -gehälter. Im Gegensatz zu dem, was in seinem sogenannten «Sozialdarwinismus» geschieht, übertragen die Stärksten (als unbeabsichtigte und oft unerwünschte Konsequenz) in den Marktprozessen ihre Kraft auf dem Weg der Kapitalerhöhung auf die Schwächsten. Die weitesten Kapitalstrukturen – oder Pro-Kopf-Investition – sind die einzige Erklärung dafür, dass sich der Lebensstandard in der Bevölkerung erhöht.

Vor 1914 gab es noch gar keine Pässe, während heutzutage atavistische und xenophobische Nationalismen wieder auferstehen, die sich gegen Migrationsbewegungen richten und folglich nichts zu tun haben mit der sogenannten «Globalisierung».

Soros versteht auch die soziale Funktion, welche die Ungleichheiten implizieren, nicht. Nimmt man «Umverteilungsmassnahmen» vor, so bedeutet das nichts anderes, als dass der Machtapparat willkürlich neu verteilt, was der Markt bereits auf friedlichem Wege verteilt hat. Und nicht nur das: Man entreisst produktive Faktoren den Händen, die der Markt als effizientere erkannt hat, und gibt sie an weniger effiziente weiter, was wiederum zu geringeren Reallöhnen und -gehältern führt und so gerade die benachteiligt, die am bedürftigsten sind. *Soros* denkt vielleicht an das, was tatsächlich in den meisten Ländern geschieht – und was nichts zu tun hat mit «globalem Kapitalismus» –, d.h., dass die Einkommensvertei-

lung das Ergebnis von Privilegien ist, das Geschenk und die Verordnung von Regierungsseite, und nicht das Ergebnis von mehr Effizienz bei Hilfestellungen für seinen Nächsten. Wenn es aber so ist, dann besteht die Lösung des Problems gerade darin, diese Hindernisse zu beseitigen und den Markt frei agieren zu lassen.

Soros greift auch permanent das Laissez-faire an. Er scheint sich nicht daran zu erinnern, dass dieser Ausdruck in der Zeit der Physiokraten entstanden ist, als Aufruf der Kaufleute an die Regierung, sie doch *«machen zu lassen»*. Sie wollten ihren rechtmässigen Aktivitäten nachgehen können, ohne dass die Übermacht der Regierungsautorität dazwischentritt. Nur durch eine nicht akzeptable Verdrehung der Tatsachen ist es dazu gekommen, dass man den Ausdruck *«laissez-faire»* als Synonym für Chaos und Unordnung benutzt. Im Gegenteil, *«die kreativen Aktivitäten ihren Weg gehen zu lassen»* erlaubt, dass es auf dem Markt mit Hilfe der Preisstruktur zu einer Koordinierung kommt und damit zur Zuweisung von Eigentumsrechten.

> *Die «unterentwickelten» Länder verfügen oft über grosse Rohstoffvorkommen, aber ihre besten Köpfe gehen ins Ausland, ebenso wie das Kapital auf Nummernkonti verschwindet.*

Zuletzt (aber deshalb nicht weniger wichtig) stellt *Soros* in seinem Beitrag die Marktprozesse gleich mit *«Gleichgewicht»* und *«perfekter Konkurrenz»*. Bis zur Ermüdung ist erklärt worden, dass die absurden Modelle von perfekter Konkurrenz nicht mit den Prozessen des Marktes zu tun haben. Mehr noch: Man hat detailliert erklärt, dass der Begriff der perfekten Konkurrenz einen Widerspruch in sich darstellt, denn es kann dort keine Konkurrenz geben, wo das Wissen perfekt ist: Es gäbe keinen Raum für das Treffen von Entscheidungen, und damit könnte es auch keine Unternehmer geben. Zu diesem Punkt druckt *«The Atlantic Monthly»* im selben Heft einige Leserbriefe von Ökonomen ab, welche die Fehler von *Soros* aufzeigen, der keinen Geringeren als *Hayek* einen *«Apostel des laissez-faire»* nennt und ihm diese griesgrämigen Konzepte zuschreibt. Es ging so weit, dass *Soros* selbst in einem Leserbrief antworten musste und seinen Irrtum zugab (*«I have to admit that my reference to Friedrich Hayek was misleading»*, Mai 1997).

Danach hat *Soros* sein Buch «Die Krise des globalen Kapitalismus» veröffentlicht, in dem er die Analyse in anderer Weise fortsetzt. Dieses Buch besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil enthält vornehmlich philosophische Überlegungen, bei denen sich Zutreffendes mit Halbwahrheiten und konzeptuellen Verirrungen unterschiedlicher Bedeutung mischen. Im zweiten Teil verschreibt *Soros* seine Rezepte, indem er mehr Regierungskontrolle fordert, denn *«eines ist gewiss: Die Finanzmärkte sind per se instabil; sie brauchen Überwachung und Regulierung»*. Deshalb bestehen bei den Kapitalbewegungen, die *Soros* offensichtlich nicht mag, *«die adäquaten politischen Massnahmen darin, deren Eingang zu sterilisieren»*. Er besteht darauf, dass das Problem am *«Fehlen einer Überwachungsinstanz und einer adäquaten internationalen Regulierung»* festzumachen ist. Den staatlichen Finanzbehörden schlägt er folgendes Vorgehen vor: *«Die Liquidität muss auf direkteren Wegen in die Peripherie gepumpt werden»*. Alles in allem *«muss es ein explizites Ziel der öffentlichen Politik sein, die Stabilität der Finanzmärkte zu bewahren»*. Paradoxerweise stehen diese Rezepte im Kapitel «Wie verhindert man einen Crash». Unzufrieden mit der Kreditpolitik, die die internationalen Finanzeinrichtungen mit Mitteln betreiben, die zwangsweise dem Steuerzahler entzogen wurden, besteht er darauf, diese «Hilfen» zu erhöhen. So druckt er im Vorwort seine Rede vor dem US-Kongress ab, in der er sagt, dass *«der Ablauf dieser Vorgänge nur verhindert werden kann, wenn die internationalen Finanzautoritäten intervenieren»*.

Peter Bauer von der London School of Economics, *Melvin Krauss* von der NYU (jetzt Stanford), *Karl Brunner* von der Rochester University und andere weisen seit Jahrzehnten darauf hin, dass die Finanzdebakel in grossem Umfang von den internationalen Finanzinstitutionen zu verantworten sind, unterstützt von den Staaten (d.h., von den leidtragenden Bürgern). Sie halten daran fest, dass jener Unsinn, den man «Dritte Welt» nennt, und seine Weggefährten eigentlich erst entstanden sind durch die Anleihen bei diesen Institutionen und den privaten Banken, die von eben jenen Institutionen den Rücken gedeckt bekommen. Die sogenannten «unterentwickelten» Länder verfügen oft über grosse Rohstoffvorkommen, aber ihre besten Köpfe gehen ins Ausland, ebenso wie das Kapital auf Nummernkonti verschwindet, welche die Wirtschaftsminister in den zivilisierten Ländern eröffnen, um sich so vor ihrer eigenen Wirtschaftspolitik zu retten. Ihre interventionistischen, reglementierenden und sozialisierenden Massnahmen sind es, welche die Leute in die unglaublichste Armut stürzen. Die oben genannten Autoren schlagen vor, dass man – will man diesen Ländern wirklich helfen – ihnen alle Staatskredite umgehend streichen sollte. Dann hätten diese Länder zwei Optionen: Entweder man macht weiter auf dem Weg der sozialisierenden Massnahmen – in

diesem Fall sollten sie in La Havanna um Kredite nachfragen und nicht in Washington – oder sie reformieren ihren institutionellen Rahmen und geben adäquate Garantien, damit die Personen und auch das Kapital wieder ins Land zurückkehren und damit die notwendigen Investitionen angelockt werden können. Man hat Ströme von Tinte vergossen, um die phänomenalen Korruptionsfälle anzuprangern, die in den Empfängerländern eben jener Kredite geschehen sind und auch weiterhin geschehen.

Soros ist mit Sicherheit ein hervorragender Geschäftsmann, das heisst aber nicht, dass er keine Fehler machen kann. Niemand ist unfehlbar. In diesem Sinne sind seine Fehler in Russland die bemerkenswertesten. *Jean-François Revel* von der Académie Française hat gerade ein Vorwort für mein letztes Buch verfasst. Darin sagt er, dass *«die russische Wirtschaft im sogenannten Post-Kommunismus keine Marktwirtschaft ist, sondern eine Wirtschaft von Mafias, die direkt aus den Eingeweiden des Kommunismus entsprungen sind. Dennoch – so führt Revel fort, macht Soros den Markt für den russischen Bankrott verantwortlich, was wiederum zeigt, dass man gleichzeitig ein brillanter Financier und ein sehr schlechter Ökonom sein kann».*

Liberalismus bedeutet uneingeschränkten Respekt vor den Lebensprojekten der anderen. Der Markt schliesst institutionelle Rahmenbedingungen ein, die die Rechte der anderen schützen, aber er erfordert keine Regelungswut, um den Willen der Bevölkerung zu verdrehen. Der Liberale handelt nicht nur aus Respekt vor dem Nächsten so, sondern auch, weil er das sokratische *«ich weiss nichts»* auf den Lippen führt. Wir wissen nicht, was sich in unserem eigenen Körper abspielt, wir haben Schwierigkeiten beim Umgang mit unserer eigenen Psyche, wir können vermuten, was wir nächsten Monat tun, aber weil sich die Umstände ändern, ändern wir unsere Verhaltensweisen, und wir haben nicht die geringste Ahnung davon, welchen Wissensstand wir in fünf Minuten haben werden. Das ist unsere Situation, aber dennoch gibt es Personen, die so arrogant und von sich eingenommen sind, dass sie meinen, das Leben und den Besitz anderer gängeln zu dürfen.

Die Finanzkrisen, die wir erlebt haben, sind Folgeerscheinungen verschiedenartiger monetärer und fiskalischer Verwirrungen. Kurioserweise meint *Soros,* dass diese Fehlentwicklungen das Resultat des «Funktionierens des Marktes» seien. Ein weiterer grober Irrtum seiner Diagnose ist, wenn er erklärt, dass *«die liberale Ideologie als erste verworfen wurde, als Ergebnis der grossen Depression vor 1929 und des Aufstiegs der Keyne'schen Wirtschaftstheorie».* Wiederholt haben Autoren wie *Ludwig von Mises* oder *Milton Friedman* dargestellt, dass diese Wirtschaftskrise aus genau entgegengesetzten Gründen geschehen konnte: wegen der fürchterlichen Unordnung im monetären Bereich, die man durch zusätzliche Interventionen versuchte in den Griff zu bekommen, die aber zu massiver Arbeitslosigkeit geführt haben. Auf gleiche Art und Weise haben die Alchimie der Zentralbanken, das Manipulieren der Zinssätze, die staatlichen Eingriffe in die Finanz- und Bankmärkte, die Staatsverschuldung und die Staatsausgaben, der höhere Steuerdruck, die ungeahndeten Fälle von Korruption, die Überführung der Staatsmonopole in Privatmonopole im Namen der «Privatisierung» und der Niedergang der institutionellen Rahmenbedingungen in der letzten Vergangenheit zu den verschiedensten Störungen geführt und werden es auch in Zukunft tun. Was nicht verständlich ist, ist die Tatsache, dass man der Freiheit die Schuld an diesen bedauerlichen Ereignissen gibt. ✦

Die Finanzkrisen, die wir erlebt haben, sind Folgeerscheinungen verschiedenartiger monetärer und fiskalischer Verwirrungen.

Alberto Benegas Lynch jr. ist Professor für Höhere Wirtschaftswissenschaften beim Promotionsstudiengang an der Universidad Católica de La Plata in Buenos Aires. Er ist Präsident der wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Argentinien und Direktor der Institution für weiterführende Studien ESEADE.

Nicht zufällig ist die Geschichte der Liberalen eine Geschichte der Spaltungen. Denn im liberalen Denken kommt ein doppelter Widerspruch zum Ausdruck: erstens der zwischen den gesellschaftlichen Zuständen wie sie sind und denen, wie sie sein sollten (Vermittlung von Vernunft und Realität); zweitens das Ärgernis der unaufhebbaren Spannung zwischen realer Ungleichheit (ökonomische Hierarchie) und politisch geforderter Gleichheit (Gesetzes- und Verfassungsstaat).

Kurt Lenk, Rechts, wo die Mitte ist, Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Nomos Verlag, Baden-Baden 1994, S. 185